



Zeit für Pflege

Unterstützen Sie unsere Petition!

Seite 12

Foto: ADobeStock



Pflege in Gefahr

Diplomkrankenschwäger Wolfgang Schwab spricht über den Alltag in der Pflege.
Seite 3



Besonders betroffen: Frauen und Kinder

KPÖ-Landtagsabgeordneter Alex Melinz deckt auf, wen die Kürzungen der Landesregierung am meisten treffen. Seite 8-9

ZITIERT



„Auch als Bürgermeisterin hat sie sich nicht verändert.“ — Politberater Thomas Hofer über die Grazer KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr, Kleine Zeitung, 21. Februar 2026

„Im Wochentakt werden Angriffe auf den Sozialstaat Gefahren und so ökonomische wie soziale Unsicherheit bei den Menschen geschürt.“ — DGB-Niedersachsen, 20. Februar 2026

„Die Partei, die für vernünftiges Wirtschaften stehen will, kann selbst nicht mit Geld umgehen.“ — Walter Hämmerle über den Schuldenberg der ÖVP, Kleine Zeitung, 5. Jänner 2026

„Politische Ziele können keine Maßnahmen rechtfertigen, die an sich schon gegen die Menschenrechte verstoßen.“ — Das UN-Menschenrechtsbüro kritisiert das US-Ölembargo gegen Kuba.

„Der Kolonialismus jagt mir immer wieder eisige Schauer über den Rücken“ — Die isländische Sängerin Björk über das Vorgehen der USA in Bezug auf Grönland, Kleine Zeitung 8. Jänner 2026

Pflege in Gefahr

Hände weg vom Personalschlüssel

Seit Wochen formiert sich in der Steiermark breiter Widerstand gegen die Pläne der FPÖ/ÖVP Landesregierung, den Pflegepersonalschlüssel in steirischen Heimen abzusenken. Der aktuelle Stand der Dinge.

Der Personalschlüssel legt fest, wie viele Pflegekräfte auf wie viele Bewohner:innen kommen. Bereits jetzt liegt dieser in der Steiermark deutlich unter anderen Bundesländern, insbesondere verglichen mit Wien. Eine derartige Verschlechterung würde die ohnehin angespannte Situation in den Pflegeheimen noch weiter verschärfen. Für echte zwischenmenschliche Beziehungen sowie die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse fehlt schon jetzt die Zeit.

Breiter Widerstand gegen Verschlechterungen

Daher schlagen KPÖ, Pflegekräfte, Angehörige, Bewohner:innen und Unterstützer:innen seit Wochen Alarm: An der Demonstration gegen die blau-schwarzen Einschnitte beteiligten sich An-



Über 400 Menschen beteiligten sich an der Pflege-Demo in Graz

fang Februar in Graz rund 400 Personen. Die Petition „Pflege in Gefahr - Hände weg vom steirischen Pflegeschlüssel“ gegen die drohende Verschlechterung zählt mittlerweile über 9.600 Unterschriften und mehr als 4.800 Kommentare.

Maßnahmen der „Masterplan“ enthält, wer daran beteiligt ist und ob Verschlechterungen beim Pflegepersonalschlüssel tatsächlich vom Tisch sind – zumal der zuständige Landesrat Kornhäusl diese nicht dezidiert ausschließt.

Es braucht spürbare Verbesserungen

Für die KPÖ ist klar: Es braucht eine Erhöhung des Personalschlüssels, eine pflegfachlich argumentierte, nachvollziehbare Personalausstattungsverordnung in den Pflegeheimen, eine Verordnung für Nachtdienste, die eine pflegewissenschaftliche Grundlage hat. Es darf keine gewinnorientierten Heime mehr geben und beim Gehalt braucht es steiermarkweite Zulagen, um die jeweiligen Kollektivverträge auf Kages-Niveau zu heben. Das sind Punkte, die ein „Masterplan Pflege“ enthalten sollte!

Ankündigung mit Fragezeichen

Dass die KPÖ mit ihrer Kritik einen Nerv getroffen hat, zeigt die kurzfristige Ankündigung eines „Masterplans Pflege“ seitens der blau-schwarzen Landesregierung – ausgerechnet einen Tag vor der Demonstration in Graz. Gelegenheiten für ernsthafte Konzepte hätte es längst gegeben, die zeitliche Nähe zur Protestaktion spricht daher für sich: Der Druck wirkt. Mit Ankündigungen allein wird sich die KPÖ jedoch nicht zufriedengeben. Denn bisher ist völlig unklar, welche konkreten

KLEIN, aber MIT BISS



Kein Geld für Pflege,
aber Milliarden für
Aufrüstung – da
müssen wir was tun ...

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Jakob Matscheko. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock, Unsplash.

E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at
Offenlegung: Die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des Sozialsystems und gegen Privatisierung von Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



hr - üssel!



Diplomkrankenschwanger
Wolfgang Schwab bei
der Pflege-Demo in
Graz

Was eine Verschlechterung des Personalschlüssels für den Pflegealltag bedeuten würde, erklärt Diplomkrankenschwanger Wolfgang Schwab im Gespräch mit der steirischen Volksstimme:

Volksstimme: Wie sieht die aktuelle Situation in steirischen Pflegeheimen aus? Wo gibt es schon jetzt Herausforderungen?

Wolfgang Schwab: Der steirische Personalschlüssel ist 30% unter dem, was wir tatsächlich an Personal brauchen. Leider werden die häufiger werdenden Fehlzeiten, Krankenstände und die hohe Fluktuation nicht berücksichtigt, bzw. nicht einmal zentral erhoben.

In welchen Bereichen ist der Pflegealltag besonders dramatisch?

In gemeinnützigen und öffentlichen Einrichtungen ist die Lage entspannter, weil es dort keinen Druck gibt, für Investoren Gewinne zu erwirtschaften. Besonders dramatisch ist die Lage im Nachtdienst in großen Häusern. Es fehlt hier bis heute eine Regelung durch eine Verordnung. Hier können auch nur zwei Pflegekräfte auf 100 Bewohner:innen eingesetzt werden.

Was hat es mit dem Pflegepersonalschlüssel auf sich und welche konkreten Auswirkungen hätte eine Absenkung?

Der Schlüssel bestimmt die Anzahl der notwendigen Pflegekräfte, je nach Höhe der Pflegestufen. Das Berechnungssystem ist völlig veraltet und deutlich unter dem notwendigen Personaleinsatz. Eine Absenkung hätte direkte Auswirkungen auf die Betreuungszeit der Menschen.

Welche Maßnahmen müsste die Landesregierung setzen, um die Situation zu verbessern, anstatt sie weiter zu verschärfen? Was müsste ein „Masterplan Pflege“ eigentlich inkludieren?

Wir müssen von einer reinen Budgetdebatte hin zur Frage, welche Pflege und Betreuungsqualität wir uns als Gesellschaft leisten möchten. Wir müssen Zahlen, Daten, Fakten schaffen, allen voran die Fluktuationszahlen beim Pflegepersonal seriös ermitteln und dann entscheiden, was wir finanzieren können und wollen und was nicht. Derzeit wird der „golden standard“ vom Pflegepersonal verlangt, ohne die Ressourcen dafür zu stellen. Pflegekräfte stehen so jeden Tag vor dem Dilemma: Berufsethos gegen Realität.

KOMMENTAR



von Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Klubobfrau im Landtag Steiermark

Masterplan Pflege? Ankündigungen reichen nicht!

Pflege ist kein Randthema, sondern betrifft in der Steiermark zehntausende Beschäftigte ebenso wie unzählige pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen. Umso unverständlicher ist es, dass die blau-schwarze Landesregierung eine Absenkung des Pflegepersonalschlüssels in Betracht zieht – und das in einer Situation, in der die Beschäftigten seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeiten.

Der Alltag in den Heimen ist bereits jetzt von Personalmangel geprägt: Dienste werden verschoben, Überstunden sind die Regel, Pausen fallen aus. Selbst für Basistätigkeiten fehlt oft die Zeit. Den Schlüssel jetzt aus ‚Spargründen‘ weiter zu senken, ist völlig realitätsfremd. Wer das ernsthaft vorschlägt, hat keine Vorstellung davon, wie Pflege im Heimalltag tatsächlich funktioniert. Eine solche Maßnahme wäre keine Kostenreduktion, sondern würde langfristig höhere Ausgaben verursachen – durch steigende Krankenstände, Fluktuation, Qualitätsverluste und zusätzliche Belastungen für das Gesundheits- und Sozialsystem.

Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb braucht es ausreichend Personal und deutlich bessere Arbeitsbedingungen, um eine würdevolle und qualitativ hochwertige Versorgung dauerhaft sicherzustellen.



Claudia Klimt-Weithaler und Alexander Melinz bei der Pflegedemo.



Der Ärger über die Landesregierung ist groß.

Elke Kahr: Bürgermeisterin mit Herz in Graz

Es geht auch anders

Graz wählt am 28. Juni. Bleibt die steirische Landeshauptstadt weiterhin ein sozialer Gegenpol zur Kürzungspolitik der Bundes- und Landesregierung?

Im Herbst 2021 stand Graz im internationalen Rampenlicht. Medien von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bis hin zur New York Times berichteten über Graz. Elke Kahr wurde die erste Frau und die erste Kommunistin an der Spitze der zweitgrößten Stadt Österreichs. Die City Mayors Foundation mit Sitz in London kürte sie nach zwei Jahren sogar zur Weltbürgermeisterin.

Nicht mehr Investoreninteressen, Lobbys, Posten, Inszenierungen, Events und Prestigeprojekte stehen im Mittelpunkt der von der KPÖ angeführten Koalition, sondern die Sorgen und Probleme der Menschen. „Unser Blick auf viele Fragen wird nicht ein Blick von oben sein, sondern auch ein Blick von unten“, betonte Elke Kahr in der Rede bei ihrer Angelobung.

Obwohl eine Krise die Wirtschaft nicht loslässt und die Vorgängerregierungen ein Budgetloch hinterlassen hatten, das größer als erwartet war, brachte die KPÖ vieles auf den Weg.

Gegen schwarz-blaue Privilegien

Gleich zu Beginn ging die neue Stadtregierung daran, die Privilegien, die ÖVP und FPÖ aufgetürmt hatten, zurückzudrehen. „Die Politik muss bei sich selbst zuerst sparen“, betonte Kahr. Nach dem Finanzskandal der Grazer FPÖ, der noch heute die Gerichte beschäftigt, wurden endlich nicht nur klare und transparente Regelungen für die Politik etabliert, sondern auch die Klubförderung für Partei-

en dreimal hintereinander um jeweils zehn Prozent gesenkt. Was dadurch eingespart werden konnte, kommt nun durch den „Graz hilft“-Fonds Menschen in Problemsituationen zugute. Auch Null-Lohnrunden für Politiker:innen sind in Graz kein Schlagwort, sondern Realität. Mit neuen Objektivierungsrichtlinien für Anstellungen bei der Stadt Graz wurde die Parteibuch-Wirtschaft abgeschafft.

Für die politischen Mandatar:innen der KPÖ gilt weiterhin eine Gehaltsobergrenze in der Höhe eines Facharbeiterlohns. Mit dem Großteil ihrer Politgehälter helfen Sie Grazer:innen in Notlagen. Seit Ernest Kaltenecker diese Regelung 1998 etabliert hat, wurden über 3,6 Millionen Euro an Menschen weitergegeben, die es wirklich brauchten.

Wichtige Investitionen

Die Prestigeprojekte und Luftschlösser der schwarz-blauen Vorgängerregierung hatte die KPÖ immer scharf kritisiert. Millionen waren in Gondel- und U-Bahn-Pläne oder Olympia-Bewerbungen geflossen – Geld, das anderswo dann gefehlt hatte. Die neue Rathauskoalition setzte andere Schwerpunkte. 550 Millionen Euro wurden von der Stadt und der Holding Graz in die öffentliche Infrastruktur investiert, damit die regionale Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen. Die Attraktivierung der Grazer Innenstadt wurde durch die Neutor-Linie sowie mehr Bänke und Bäume in Angriff genommen, was auch den Innenstadt-Betrieben und der Gastronomie zugute kommt. Stadteigene Unternehmen wurden als serviceorientierte Leit-Betriebe der öffentlichen Hand mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung gestärkt.

Was ÖVP und FPÖ ver-



Die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr wird von der KPÖ gestellt.

nachlässigt hatten, wurde von der KPÖ in Angriff genommen: In städtischen Kindergärten und Kinderkrippen wurden die Gehälter und der Anteil an Vollzeitstellen deutlich angehoben. In stadteigenen Pflegeeinrichtungen und bei den Reinigungskräften wurden Gehaltsverbesserungen umgesetzt und eine Schwerarbeitspension für städtische Beschäftigte ermöglicht.

Graz gegen die Teuerung

Während Bundes- und Landesregierung den Superreichen die Mauer machen und

bei Menschen kürzen, die keine Lobby haben, hält Graz dagegen. Ein Mietendeckel in den stadteigenen Gemeindewohnungen von maximal zwei Prozent pro Jahr und maximal sechs Prozent über fünf Jahre bremst die Teuerung. Ein Energiehärtefonds für Strom- und Heizkostenrückstände wurde bei der Energie Graz eingerichtet. Die Senkung der Netzentgelte durch die Energie Graz und eine Senkung der Strompreise um 25 Prozent im Oktober 2025 sorgen für Entlastung.

„Es sind viele kleine Schrauben, an denen gedreht wurde. Oft taugten sie vielleicht nicht für große Schlagzeilen oder sensationelle Meldungen, aber stellten sicher, dass in Graz Soziales nicht untergeht“, so Kahr.

Mehr Informationen unter www.kpoe-graz.at/zwischenbilanz



Die Steiermark spricht

Bis niemand mehr da ist

Ich arbeite selbst in der Pflege und arbeite 16 Jahre in diesem Bereich. Ich liebe diesen Beruf. Aber ich muss auch sagen: Wenn weitere Verschlechterungen kommen, bin ich weg. Wir sind jetzt schon am Limit. Irgendwann muss man an sich selbst denken. Auch wir Pfleger sind nur Menschen und haben nur ein Leben. Die Regierung wird solange machen, bis niemand mehr da ist, der bereit ist, diesen Beruf zu machen.

Regina L., Facebook

13 Bewohner den ganzen Tag versorgen ist nicht mal mehr mit Warm-Satt-Sauber-Pflege zu schaffen. Das muss man mit seinem Gewissen vereinbaren können! Und wenn Kollegen krank waren, hat man plötzlich bis zu 20 Bewohner!

Ulli W., Facebook

Futtertrog

Einmal am Futtertrog heißt „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“

Reinhard K., Facebook

Eine Schande

Der Kunasek hat auch nur versprochen und nichts gehalten. Eine Schande, diese Politiker.

Josef R., Facebook

Unter Tränen

Ich verlasse die Pflege nach 28 Pflegejahren, sollte der Pflegeschlüssel angegriffen werden. Obwohl ich unter Tränen gehen würde. Aber da mache ich nicht mehr mit. Es wäre gefährlich, fahrlässig. Es ist bereits an der Grenze.

Gigi O., TikTok

Pflege ist Hardcore!

Pflege im Pflegeheim ist Hardcore! War selbst jahrelang in der Langzeitpflege tätig und MUSSTE gehen, weil ich es körperlich und mental nicht mehr geschafft habe! Und so geht es leider vielen.

Was passiert?

Heute ist es so, dass in einem Pflegeheim in der Nacht eine Pflegerin für 39 Bewohner zuständig ist. Was passiert, wenn der Pflegeschlüssel noch mehr gekürzt wird? Müssen sich dann die Bewohner selbst wickeln in der Nacht? Oder sich selbst umpositionieren?

Ina S., Facebook

Kein Nach-Hause-Gehen

Naja vielleicht sollte das wirklich in die Wege geleitet werden, dass einer von diesen Tschoppal mal einen 12-Stunden-Dienst macht. Aber da gibts dann kein Nach-Hause-Gehen, bevor alles erledigt ist.

Laura O., Facebook

Gute Pflege für alle

Es ist ganz einfach: private Pflege-



Nicht nur auf der Straße und im Landtag, auch im Internet sind die drohenden Pflege-Kürzungen ein heiß diskutiertes Thema.

heime abschaffen, die Pflege wieder in staatliche Hand geben. Mal sehen, wie lange der Pflegeschlüssel so ist, wenn sich die Politiker und die Reichen genauso pflegen lassen müssen wie der „Pöbel“!

Astrid P., Facebook

Allein lassen

Wie will man bitte beim aktuellen Schlüssel noch mehr reduzieren? Dann kann man die alten Menschen gleich allein lassen.

Semmi O., TikTok

Pflege statt Fließband

Es ist leicht, über Pflegeschlüssel am Schreibtisch zu entscheiden. Aber wer entscheidet, sollte zumindest einmal vier Wochen im Pflegeheim mitarbeiten im

Frühdienst, im Spätdienst, am Wochenende. Wer täglich erlebt, wie Pflegekräfte der Zeit hinterherrennen, wie Gespräche verkürzt werden müssen und wie menschliche Zuwendung zu kurz kommt, würde verstehen: Ein gesenkter Pflegeschlüssel bedeutet weniger Zeit für Menschen. Pflege ist kein Fließband. Pflege bedeutet Würde, Beziehung, Beobachtung, Sicherheit und Aufmerksamkeit. Der Pflegeschlüssel gehört angehoben, nicht gesenkt. Und Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, unter denen sie ihrem Beruf mit Professionalität und Menschlichkeit gerecht werden können. Pflege braucht endlich Priorität, nicht Sparmaßnahmen.

Hildegard J., Facebook



Wahnsinn!

Ich versteh es nicht. Als Schüler hat man sowieso fast kein Geld. Im Praktikum verdient man auch nichts. Deswegen wäre zumindest ein Essen nett gewesen! Als kleine Anerkennung wohl das Mindeste!

Isabella H., Instagram

Ein warmes Essen

Herr Kunasek tut sich damit

keinen Gefallen! Pfleger:innen sind eine der wichtigsten Berufsgruppen überhaupt! Ein warmes Essen und anständige Löhne sollten das Mindeste sein!

Magdalena F., Instagram

Traurig

So motiviert man zur Ausbildung? Gut, dass wir keinen Pflegekräfte-Mangel haben...

Eva F., Instagram

Die Blauen

So schauts aus bei der „Partei des kleinen Mannes“...

Erwin R., Instagram

Nix besser

Langsam reicht's dann echt. Was die aufführen, ist nicht mehr normal. Nur gegen das Volk arbeiten. Besser ist mit denen nix geworden.

Gabi L., Facebook

Tag der offenen Konten

304.000 Euro für 2.500 Menschen in Notlagen: Das haben die KPÖ-Mandatar:innen 2025 mit ihren Polit-Bezügen gemacht!

Was 1998 mit Ernest Kaltenegger als Grazer Stadtrat begann, ist bis heute gelebte politische Praxis der KPÖ in der Steiermark: Die Mandatar:innen geben einen Großteil ihrer politischen Bezüge an Menschen in Not weiter. Am „Tag der offenen Konten“ legen die Grazer KPÖ-Bürgermeisterin **Elke Kahr**, Stadtrat **Manfred Eber**, Stadtrat **Robert Krotzer**, KPÖ-Klubobfrau im Landtag **Claudia Klimt-Weithaler** und KPÖ-Landesvorsitzender **Alexander Melinz** offen, wie viel Geld im abgelaufenen Jahr Menschen in der Steiermark zugutegekommen ist.

Gelebte Solidarität: Hilfe, die ankommt

Dieses Modell ermöglicht konkrete Hilfe. Insgesamt haben die steirischen KPÖ-Mandatar:innen im vergangenen Jahr **304.494 Euro** aus ihren Gehältern weitergegeben. **2.521 Personen und Familien** konnten damit in schwierigen Lebenslagen geholfen werden. Seit Beginn dieser Praxis vor 27 Jahren wurden in Summe 3,9 Millionen Euro an 31.027 Menschen bzw. Haushalte weitergegeben.

Hinter diesem Modell steht eine klare politische Idee: „Wer sich mit seinem Gehalt weit von der Lebensrealität der Mehrheit entfernt, verliert den Blick für die wirklichen Probleme der Menschen. Deshalb hat sich die KPÖ eine Gehaltsobergrenze gesetzt, orientiert am österreichischen Medianeinkommen. Alles, was darüber liegt, wird an Menschen weitergegeben, die Unterstützung benötigen“, erklärt der steirische Landesvorsitzende **Alexander Melinz**.



Tag der offenen Konten bei der KPÖ: 304.494 Euro haben Robert Krotzer, Claudia Klimt-Weithaler, Elke Kahr, Alexander Melinz und Manfred Eber (v.l.n.r.) von ihren Polit-Bezügen insgesamt weitergegeben.

Sozialberatungen

Die vielen Gespräche in den Sprechstunden sind mehr als bloße Einzelfallhilfe: Sie geben Einblick in die tatsächlichen Sorgen der Menschen und fließen in politische Entscheidungen ein. Denn die Belastungen nehmen zu. „Gerade in Zeiten steigender Lebenserhaltungskosten und wachsender Unsicherheit ist es wichtig, nah bei den Menschen zu bleiben, zuzuhören und konkret zu helfen. Politik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen

orientieren“, betont die Grazer Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

Hohe Lebenshaltungskosten

Während die Preise steigen, halten viele Einkommen mit dieser Entwicklung nicht Schritt. In den Sozialberatungen der KPÖ zeigt sich täglich, dass finanzielle Spielräume schwinden – längst nicht mehr nur bei jenen, die ohnehin am wenigsten haben, sondern weit hinein in die arbeitende Bevölkerung. Gleichzeitig wächst der Reichtum weniger

weiter an. Große Vermögen steigen, ohne dass ihr Beitrag zum Steueraufkommen im selben Ausmaß wächst.

Diese Schieflage verschärft das Gefühl der Ungerechtigkeit. Wenn Menschen trotz Vollzeitarbeit kaum über die Runden kommen, läuft etwas grundlegend falsch. Der Tag der offenen Konten ist daher mehr als eine Bilanz. Er ist Ausdruck eines Politikverständnisses, das Solidarität, konkrete Unterstützung und die Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Wohnen ist zu teuer

Wohnkosten treffen ärmere Haushalte besonders hart. Für viele Menschen mit niedrigem Einkommen ist die Miete der größte Fixkostenpunkt. Wer wenig verdient, gibt den größten Teil seines Einkommens für das Wohnen aus. Steigen die Mieten, bleibt weniger Geld für Lebensmittel, Kleidung oder Rücklagen übrig. Jede Erhöhung macht sich direkt im Alltag bemerkbar.

Private Immobilienkonzerne

kontrollieren immer größere Anteile des Wohnungsmarktes. Während viele hart für ihr Einkommen arbeiten, erzielen andere Einnahmen allein durch den Besitz von Immobilien.

Wer wenig hat, zahlt viel – gemessen am eigenen Einkommen oft deutlich mehr als Vermögende. Wer viel hat, verdient daran und baut sein Vermögen weiter aus. Der private

Mietmarkt wirkt wie eine Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Monat für Monat fließt Geld von Mieterinnen und Mietern zu Eigentümerinnen und Eigentümern – und verstärkt so die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft.

Die Städte und Gemeinden sollten wieder mehr kommunale Wohnungen bauen, damit die Mieten leistbar bleiben.

Gesundheitspolitik: Kein Kurswechsel in Sicht

Viele Menschen hatten die Hoffnung, mit der FPÖ würde das Zusperrn im Gesundheitsbereich ein Ende haben. Sie wurden schnell enttäuscht.

Es war eines der Hauptwahlversprechen der FPÖ: Mit ihr würde es keine weiteren Schließungen im Spitalsbereich geben. Kaum auf dem Landeshauptmannsessel Platz genommen, war davon jedoch nicht mehr viel zu merken. Angefangen hat es mit der Ambulanz in Bruck an der Mur. Bereits im Jänner des Vorjahres musste die 24-Stunden-Unfallambulanz schließen – sie wurde nach Leoben „verschoben“. Für rund 100.000 Bewohner:innen des Bezirks Bruck-Mürzzuschlag steht nun keine akutambulante Versorgung für Unfallchirurgie mehr zur Verfügung.

Schließungen setzen sich fort

Auch in Bad Radkersburg waren die Menschen empört: Noch im Wahlkampf zur Landtagswahl wurde ihnen von der FPÖ die Sicherung der Orthopädie am örtlichen LKH in Aussicht gestellt. Nunmehr ist klar: Die gesamte Orthopädie soll nach Deutschlandsberg abwandern. Dass die Abteilung auf dem neuesten Stand ist und dass es genug qualifiziertes Personal gibt – viele davon werden vermutlich nicht den Weg nach Deutschlandsberg antreten – scheint bei der Entscheidung keine Rolle gespielt zu haben. Ebenso wenig die Proteste der Bevölkerung.

Wahlversprechen gebrochen

Der Bezirk Liezen war viele Jahre Hauptschauplatz der Auseinandersetzungen um das steirische Gesundheitssystem. Die angedrohte Schließung der Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming zum Zwecke eines

neuen sogenannten „Leitspitals“, stieß auf massiven Widerstand in der Bevölkerung. Auch hier hat die FPÖ versprochen: Alle Spitäler im Bezirk sollen erhalten bleiben! Und auch hier hat es nicht einmal ein Jahr gedauert, bis sich das Versprechen in Luft auflöste. Zwar konnte das Leitspital verhindert werden – auch die KPÖ machte sich gegen das Prestigeprojekt stark – vom vollen Erhalt der drei Krankenhäuser will man allerdings in der Landesregierung nichts mehr wissen. Schon im April soll die Chirurgie in Bad Aussee geschlossen werden. Demnach wäre der Standort per Definition kein Standardkrankenhaus mehr. Die Menschen aus der Region sollen nach Bad Ischl ausweichen. Der nötige Kooperationsvertrag mit Oberösterreich war bei Redaktionsschluss allerdings immer noch ausständig. In Schladming soll die Geburtsstation schließen.

Die Strategie: Ignorieren und verschleiern

Obwohl der „Regionale Strukturplan Gesundheit 2030“ den weiteren Verlust von Krankenhausstationen und -betten festschreibt, wird seitens der Landesregierung erklärt, es



ginge um „die beste Versorgung“. Auf die Anliegen der Menschen vor Ort, der Patientinnen und Patienten, wird dabei freilich wenig gehört. Sie haben ein verständliches Interesse daran, bei Notfällen nicht weit fahren zu müssen. Sie wollen ihre Angehörigen besuchen können und sie nicht viele Stunden entfernt in einem Krankenhaus liegen haben. Beschäftigte wollen einen

Arbeitsplatz vor Ort – langes Pendeln ist oft keine Alternative.

In den Überlegungen der Landesregierung scheint das keine Rolle zu spielen. Es geht um Einsparungen, nicht um Menschen. Die große Demonstration gegen die Schließungen im Dezember wurde zwar von Politikern von ÖVP und FPÖ empfangen, ihre Anliegen wurden aber ignoriert. Bei Entscheidungen wird die Bevölkerung lange im Dunkeln gehalten. So hat Gesundheitslandesrat Kornhäusl (ÖVP) selbst auf Nachfrage der KPÖ nicht bekanntgegeben, wann genau er die Chirurgie in Aussee schließen will. Durch die Zeitung mussten die Leute erfahren, dass es im April so weit ist. Fragen der „Plattform für ein lebenswertes Bad Radkersburg“ an den Gesundheitsfonds zur Orthopädie wurden nur unzureichend beantwortet. Die Bürgerinitiative wandte sich deshalb sogar an das Landesverwaltungsgericht.



Hunderte Menschen demonstrierten in Graz gegen die Zusperrpläne der Landesregierung in den Krankenhäusern Bad Aussee, Bad Radkersburg und Bruck an der Mur.

Streichen und Kürzen bei so

Die Sozialkürzungen von FPÖ und ÖVP treffen vor allem Frauen und Kinder – und in der Mehrheit österreichische Staatsbürger:innen. Sie drohen Armut einzementieren.

Seit etwas über einem Jahr sind FPÖ und ÖVP in der Steiermark in der Regierung. In diesem kurzen Zeitraum haben sie mit Kürzungen bei sozialen Beihilfen

Verschlechterungen für tausende Menschen herbeigeführt: Sie haben die jährliche Anpassung der Wohnunterstützung an die Inflation abgeschafft, die Sozialunterstützung wurde massiv gekürzt, der Zugang zum Heizkostenzuschuss wurde erschwert.

Besonders betroffen: Frauen und Kinder

FPÖ-Landesrat Amesbauer rühmte sich medial, „strenge“ Gesetze beschlossen zu haben.

Verbesserungen für die steirische Bevölkerung sucht man – gerade auch angesichts der Teuerung – unter den Maßnahmen freilich vergebens. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Viele Bezieher:innen der Wohnunterstützung sind alleinerziehende Frauen. Dadurch, dass sie nicht mehr an die Inflation angepasst wird, Mieten, Strom und Heizung aber weiter teurer werden, ist die Beihilfe jedes Jahr real weniger wert. Die Differenz zu den stei-

genden Wohnkosten müssen die Menschen schlucken.

Auch bei der Sozialunterstützung trifft es Familien hart. Alle Bezieher:innen verlieren, weil die Bemessungsgrundlage um fünf Prozent gekürzt wird. Pro Kind wird noch einmal extra gekürzt. Auch der Zuschlag für Alleinerziehende wird verringert. Da sich dies alles auf die Bemessungsgrundlage als Ausgangswert bezieht, verlieren die Menschen doppelt. In der Praxis bedeutet das massive Einschnitte für Familien.

So auch bei Frau B. Sie macht gerade eine Ausbildung zur Pflegeassistentin. Frau B. hat vier Kinder, die sie alleine großziehen muss. Das Schulungsgeld von 1459 Euro, das sie während der Ausbildung bekommt, reicht nicht für fünf Personen. Sie muss also über die Sozialunterstützung aufstocken, um sich und ihre Kinder versorgen zu können. Durch das neue Gesetz von FPÖ und ÖVP bekommt Frau B. nun 662 Euro weniger – monatlich! Für Frau B. und ihre Kinder heißt das, dass sie unter die Armutsgefährdungsschwelle rutschen. Für eine fünfköpfige Familie ist es eine mittlere Katastrophe, mit über 600 Euro weniger im Monat auskommen zu müssen. Und das angesichts der Teuerung bei Lebensmitteln und beim Wohnen.

„Was hat diese Frau falsch gemacht?“, fragt KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz in Richtung blau-schwarze Landesregierung. „Es geht FPÖ und ÖVP nicht um die Menschen. Dieses Gesetz macht für niemanden das Leben leichter. Es sorgt aber dafür, dass jene, die es ohnehin nicht leicht haben, vor noch größere Schwierigkeiten gestellt werden.“

Verschärfung bei Wohn- und Heizkosten

Besonders perfide ist auch, dass die Landesregierung die sogenannte Wohnkostenpauschale bei der Sozialunterstützung kürzt.

Energie Steiermark: Keine Privatisierung mit der KPÖ!

Angesichts der angespannten Finanzlage des Landes wird immer wieder über einen Verkauf von Anteilen der Energie Steiermark diskutiert. Die Kleine Zeitung titelte im Jänner fälschlicherweise, dass auch die KPÖ eine Teilprivatisierung befürworten würde. Eine Richtigstellung.

FOTO: KK

Ist die KPÖ für eine Teilprivatisierung der Energie Steiermark?

Nein, die KPÖ ist eindeutig gegen den Verkauf von Anteilen der Energie Steiermark. Der Besitz von Anteilen durch einen Finanzkonzern, wie es vor dem Rückkauf von der Macquarie der Fall war, ist die schlechteste Variante. Eine Teilprivatisierung schließt die KPÖ definitiv aus.

Warum behaupten Medien dennoch, die KPÖ sei dafür?

Diese Darstellung ist schlicht falsch. Die KPÖ hat über viele Jahre, oft als einzige Partei, konsequent den Rückkauf der Anteile gefordert. Gegenwind kam damals von ÖVP und SPÖ. Dass jetzt der Eindruck erweckt wird, die KPÖ würde eine Teilprivatisierung unterstützen, verdreht diese Position ins Gegenteil.

Soll die Energie Steiermark zu 100 Prozent im Eigentum des Landes bleiben?

Angesichts der aktuellen blau-schwarzen Koalition, die immer wieder Privatisierungen vorantreibt, ist das die sicherste Variante. Eine mögliche Alternative wäre eine Partnerschaft mit einem anderen Energieunternehmen in öffentlicher (!) Hand. De facto würde hier der Verbund ins Spiel kommen, da es schon jetzt Kooperationen gibt, wie etwa beim Kraftwerksbau. Anders als der Verkauf an einen Investor würde es sich dabei aber nicht um eine Teilprivatisierung handeln.

Welche Vorteile hätte eine Partnerschaft mit dem Verbund?

Der Verbund erzeugt günstigen Strom, vor allem aus Wasserkraft. Die Energie Steiermark

produziert selbst nur einen kleinen Teil ihres Stroms. Eine engere Zusammenarbeit könnte dazu führen, dass billiger Strom direkt den steirischen Kund:innen zuteilkommt und die Preise dauerhaft sinken. Auch beim Ausbau erneuerbarer Energie gäbe es sinnvolle Kooperationen.

Was ist der KPÖ wichtig?

- Kein Ausverkauf öffentlichen Eigentums zum Stopfen von Budgetlöchern!
- Volle Transparenz und echte Mitbestimmung des Landtags!
- Zudem braucht es dauerhaft niedrige Preise. Dass die Energie Steiermark diese nun gesenkt hat, zeigt, dass die öffentliche Hand sehr wohl auch in die Preisgestaltung eingreifen kann.

sozialen Leistungen

Diese soll Leute absichern, die besonders hohe Wohnkosten haben – etwa, weil sie in Gegenden wohnen, wo Mieten stark steigen. Die Steiermark hat schon bisher nicht ausgeschöpft, was das Gesetz an Pauschale hergeben würde. Dass die Landesregierung in Zeiten horrender Mietkosten hier kürzt, bedeutet, dass sie in Kauf nimmt, dass Menschen ihre Wohnung verlieren werden.

Ablenkungsmanöver

FPÖ und ÖVP behaupten, mit den Kürzungen vor allem „Nicht-Österreicher“ treffen zu wollen. Als wäre dieses Ansinnen nicht schon fragwürdig genug – wenn jemand in Not ist, sollte Hilfe keine Frage des PASSES sein – wird es tatsächlich für alle schlechter. Auch Maßnahmen, die gezielt gegen andere Staatsbürger:innen gerichtet sind, treffen Österreicherinnen und Österreicher genauso. So etwa beim Heizkostenzuschuss. Durch bürokratische Maßnahmen, soll die Beantragung komplizierter werden. Ziel ist wohl, dass weniger Menschen überhaupt einen Antrag stellen können.

Einer von vielen Betroffenen ist Herr G., ein österreichischer Staatsbürger, der vier Jahrzehnte als Hilfsarbeiter in der Bauwirtschaft gearbeitet hat. Die letzten zwei Jahre, bis zu einem Arbeitsunfall, war er bei einem Bauunternehmen in der Schweiz angestellt. Durch die Verletzung ist Herr G. nunmehr in Invaliditätspension und in die Steiermark zurückgekehrt. Als Einkommen erhält er rund 1200 Euro monatlich durch die I-Pension und die Ausgleichszulage. Nach Abzug der Fixkosten bleiben ihm für Lebensmittel, Kleidung und den täglichen Bedarf weniger als 200 Euro monatlich. Da Herr G. in den letzten 5 Jahren nicht durchgehend in der Steiermark gemeldet war, kann er dank der neuen Regelung nicht mehr um den Heizkostenzuschuss ansuchen.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz: „Jene, die es ohnehin nicht leicht haben, werden vor noch größere Schwierigkeiten gestellt.“



Unter dem Vorwand von mehr Treffsicherheit und Gerechtigkeit nimmt die Landesregierung also in Wahrheit jenen Menschen noch mehr weg, die schon jetzt viel zu wenig zum Leben haben. Statt Maßnahmen gegen die Teuerung zu setzen, streichen FPÖ und ÖVP bei ele-

mentaren Dingen wie Essen und Wohnen. Es droht eine Situation, in der diese Leute nachhaltig in Armut gezwungen werden. Wenn sich diese Logik weiter fortsetzt, werden immer mehr Menschen diese Einschnitte spüren – bis weit in die sogenannte „Mittelschicht“.

Krank gespart – Wie man unser Gesundheitssystem ausbluten lässt

Buchvorstellung und Podiumsdiskussion mit
Martin Rümmele und Robert Krotzer

Steigende Wartezeiten, überlastetes Personal, gesperrte Spitalsbetten und eine zunehmende Zwei-Klassen-Medizin prägen derzeit das Gesundheitssystem. Gleichzeitig schreiben Krankenversicherungen enorme Verluste, während Patient:innen immer häufiger mit Unterversorgung konfrontiert sind. Doch wie konnte es so weit kommen – und ist diese Entwicklung wirklich alternativlos?

Der Gesundheitsjournalist **Martin Rümmele** beleuchtet in seinem Buch „Krank gespart“, wie politische Entscheidungen, Lobbyismus und wirtschaftliche Interessen das öffentliche Gesundheitswesen geschwächt und den privaten Sektor gestärkt haben. Gemeinsam mit



KPÖ-Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** wird er darüber diskutieren, welche politischen Schritte notwendig wären, um einen echten Kurswechsel einzuleiten.

**Mittwoch, 8. April, 19 Uhr,
Volkshaus Graz,
KPÖ-Bildungszentrum
Lagergasse 98a, Graz**

SERVICE Richtsätze 2026

Pensionen - Ausgleichszulage netto
Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: € 1.229,89
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: € 1.940,27
Erhöhung pro Kind: € 189,77

Sozialunterstützung Höchstsätze für 2026

Alleinstehende und Alleinerzieher:innen: € 1.168,40
Volljährige im gemeinsamen Haushalt pro Person: € 817,88
ab 3. volljährige Person: € 525,78
1 Kind im gem. Haushalt: € 292,10
2 Kinder im gem. Haushalt: € 467,36
3 Kinder im gem. Haushalt: € 525,78
4 Kinder im gem. Haushalt: € 584,20
ab dem 5. Kind: € 140,21 x Kinder
Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung erhalten Zuschläge zur Sozialunterstützung.

Wohnunterstützung

Die Wohnunterstützung verschlechtert sich 2026. Sie wird nicht mehr wertangepasst. Wer Sozialunterstützung bezieht, kann nicht um Wohnunterstützung ansuchen.

Info-HOTLINE 0800/20 10 10

Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit einem Einkommen bis zu einer Grenze von:
€ 1.308,39 für Alleinstehende
€ 2.064,12 für Ehepaare.
Rezeptgebühr 7,55 €/Medikament.

Geringfügigkeitsgrenze

€ 551,10 Euro /Monat

Grenze für ORF-Beitrag bzw. Fernsprechentgeltzuschuss:

Befreit sind Personen bis zu einer Einkommenshöhe von: Anspruchsgrundlage siehe orf.beitrag.at/befreiungssrechner

1 Person: € 1.465,40
2 Personen: € 2.311,81
für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 226,11

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 209,30;
über 3J: € 218,90; über 10J: € 242,70;
über 19J: € 271,30

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern um € 8,60, bei 3 um € 21,10, bei 4 um € 32,10, bei 5 um € 38,90, bei 6 um € 43,40, bei 7 um € 63,10. Im September zusätzlich € 121,40 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann erhöhte Familienbeihilfe (€ 189,20) beantragt werden.

Pflegelohn 2026

Stufe 1:	€ 206,20	65h/Monat
Stufe 2:	€ 380,30	95h/Monat
Stufe 3:	€ 592,60	120h/Mon.
Stufe 4:	€ 888,50	160h/Mon.
Stufe 5:	€ 1.206,90	180h/Mon.
Stufe 6:	€ 1.685,40	üb.180h/M
Stufe 7:	€ 2.214,80	üb. 180h/M

Schulden für Panzer, sparen bei Pflege

*Wie ehrlich ist die
Budgetpolitik?*

Sparen, sparen – außer beim Militär

Seit Monaten hören wir dieselbe Botschaft: Österreich muss sparen. Die Anpassung von Löhnen im öffentlichen Dienst an die Inflation? „Nicht leistbar.“ Eine faire Valorisierung von Sozial- und Familienleistungen? „Leider kein Spielraum.“ Pensionist:innen sollen höhere Beiträge zur Krankenversicherung zahlen, das Klimaticket wird teurer – alle müssten ihren Beitrag leisten.

Begründet wird das mit den EU-Regeln: Das Budgetdefizit dürfe drei Prozent der Wirtschaftsleistung nicht überschreiten. Diese Grenze gilt als ehernes Gesetz, als Sachzwang, als alternativlos. Doch nun zeigt sich: Alternativlos ist hier gar nichts.

Nicht alle Schulden sind gleich

Denn ausgerechnet bei der Aufrüstung wird eine Ausnahme gemacht. Die Europäische Union erlaubt künftig zusätzliche Schulden von bis zu 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung für Rüstungsinvestitionen – ohne dass diese auf die Drei-Prozent-Grenze angerechnet werden. Für Panzer, Drohnen und militärische Infrastruktur wird das Defizit flexibel ausgelegt.

Mit anderen Worten: Schulden sind schlecht, außer sie dienen der militärischen Aufrüstung. Dann werden Regeln angepasst. Während soziale Ausgaben als Belastung gelten, werden Rüstungsausgaben als Investition behandelt. Das ist keine ökonomische Notwendigkeit, sondern eine falsche politische Prioritätensetzung.

USA kolonialisieren Venezuela und erdrosseln Kuba

Venezuela: Vom Militärschlag zur Kolonialverwaltung

In der Nacht vom 2. auf den 3. Jänner 2026 bombardierten US-Streitkräfte militärische Einrichtungen in Caracas und entführten Präsident Nicolás Maduro sowie seine Ehefrau Cilia Flores. 80 Menschen starben bei der Operation. Maduro sitzt nun in einem New Yorker Gefängnis – ein beispielloser Völkerrechtsbruch. US-Präsident Trump ließ keinen Zweifel an seinen Absichten: „Wir werden Venezuela regieren“, verkündete er.

Die Beute ist bereits verteilt: Chevron, ExxonMobil, Shell, Halliburton und andere Energiekonzerne wurden ins Weiße Haus geladen, um über die Plünderung venezolanischer Ressourcen zu verhandeln. Trump kündigte an, sich 50 Millionen Barrel Öl als „Kriegsbeute“ anzueignen.

Kuba: Humanitäre Katastrophe durch Blockade

Nur drei Wochen später folgte der nächste Schlag: Am 29. Jänner unterzeichnete Trump eine Exekutivanordnung, die Straf-

zölle gegen alle Länder vorsieht, die Kuba mit Erdöl beliefern. Ohne Treibstoff droht dem Land der Zusammenbruch der Stromversorgung, der Krankenhäuser, der Landwirtschaft – eine humanitäre Katastrophe für elf Millionen Menschen.

Dennoch eskaliert Washington die seit 64 Jahren bestehende Blockade zur totalen wirtschaftlichen Erdrosselung.

Monroe-Doktrin 2.0: Lateinamerika als Hinterhof der USA

Was sich hier abspielt, ist die Wiederbelebung der Monroe-Doktrin, einer 200 Jahre alten imperialistischen Strategie auf dem amerikanischen Kontinent – in Anspielung auf Trumps Vornamen neuerdings auch „Donroe-Doktrin“ genannt. US-Senator Rick Scott verkündete Anfang Jänner den Fahrplan: „Das ist der Beginn in Venezuela, dann werden wir die Situation in Kuba bereinigen, dann Nicaragua und nächstes Jahr einen neuen Präsidenten in Kolumbien.“

Die Methoden: Öltanker werden gekapert, über 100 Menschen auf angeblichen Drogenbooten

ermordet und Staatsoberhäupter entführt. Der Imperialismus im Niedergang greift zur nackten Gewalt, weil ihm die ökonomische Integrationskraft fehlt.

Europas Schweigen, Österreichs Komplizenschaft

Die EU reagiert mit beschämender Zurückhaltung. Außenbeauftragte Kaja Kallas fordert „Mäßigung“ – während sie bei der Ukraine sofort härteste Sanktionen verhängte. Estland änderte sogar sein UN-Abstimmungsverhalten und stimmte erstmals gegen die Resolution zur Aufhebung der Kuba-Blockade. Der österreichische Bundeskanzler schweigt, sein Vorgänger Sebastian Kurz jubelte über Maduros Entführung als „hervorragende Neuigkeiten für die freie Welt“.

Gewerkschaften mobilisieren weltweit

Von Los Angeles bis Athen, von Johannesburg bis Wien gingen Gewerkschafter:innen auf die Straße, denn was heute Venezuela und Kuba geschieht, bedroht morgen alle, die sich gegen imperialistische Ausbeutung wehren.



Die USA verhindern den Import von Erdöl nach Kuba. Dadurch ist die Energieversorgung der Insel bedroht, mit drastischen Auswirkungen. Die Österreichisch-Kubanische Gesellschaft sammelt daher Spenden, um die Stromversorgung des Kinder-Herzspitals „William Soler“ in Havanna durch die Errichtung einer PV-Anlage sicherzustellen.

Spendenkampagne für eine Photovoltaik-Anlage für das Kinder-Herz-Krankenhaus William Soler in Havanna, Kuba



**Bitte unterstützen Sie dieses Projekt
mit einer Spende auf unser Konto:**

Österreichisch-Kubanische Gesellschaft - ÖKG
IBAN: AT71 2011 1297 2387 0100
Kennwort: mediCUBA



80 Jahre Kinderland Steiermark

Kinderland Steiermark feiert heuer ein besonderes Jubiläum: Die Organisation wird 80 Jahre alt! „Dieses stattliche Alter verdanken wir vor allem dem unermüdlichen Einsatz unserer zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen“, erklärt Geschäftsführer Amir Mayer.

Seit 1946 setzen sich engagierte Menschen für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. Trotz vieler Herausforderungen im Laufe der Jahre konnten vielen jungen Menschen unbeschwerte Ferien und wertvolle Erholungszeiten ermöglicht werden.

Auch das Herzstück von Kinderland, das Feriendorf in Kärnten am Turnersee, blickt bereits auf stolze 60 Jahre zurück. Diese einzigartige Ferienanlage

wurde in etlichen ehrenamtlichen Stunden von zahlreichen fleißigen Mitarbeiter:innen errichtet und wird bis heute mit viel Engagement und Liebe betreut.

Neben den Ferienaktionen in den steirischen Ferien nimmt Kinderland auch darüber hinaus eine gesellschaftliche Verantwortung gegenüber der Jugend wahr. *„Wir versuchen ihnen mit diversen Spielefesten, Maskenbällen und Unternehmungen den Raum zu geben, den sie so dringend brauchen. Immer wieder zeigt sich, wie wichtig Zeit in einer starken Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche ist. Gerade sichere Orte, wie eben unser Feriendorf, bieten der Jugend Platz für wertvolle Erfahrungen, die ihnen oft ein Leben lang in Erinnerung bleiben“,* so Mayer.

Um dieses besondere Jubiläum gebührend zu feiern, veranstaltet Kinder-



Kinderland Steiermark feiert heuer das 80-jährige Bestehen

land am 30. Mai 2026 ein großes Fest im Feriendorf am Turnersee. Neben einem kulturell-musikalischen Rahmenprogramm wird

durch die Geschichte der Organisation geführt - und hoffentlich mit vielen Freund:innen in Erinnerungen geschwelgt.

Kinderrechte endlich umsetzen!



Gemeinsame Petition von Kinderland und KPÖ

Gemeinsam mit Kinderland richtet die KPÖ eine Petition an den Nationalrat zur Verbesserung des Kinderschutzes. „Kinderrechte dürfen nicht länger unverbindliche Absichtserklärungen bleiben. Wenn alle Kinderrechte in der Verfassung verankert werden, ist der Staat verpflichtet, Kinder zu schützen und ihnen die Chancen zu geben, die sie verdienen. Wir brauchen klare gesetzliche Vorgaben – damit die Anliegen von Kindern endlich ernst genommen werden“, betont KPÖ-Klubobfrau im Landtag **Claudia Klimt-Weithaler**.



Zum Unterstützen den QR-Code scannen oder:
openpetition.eu/at/petition/online/jedes-kind-zaehlt-kinderrechte-endlich-umsetzen



FERIENCAMPS

für Kinder und Jugendliche

Spass, Abenteuer, Action



Erlebnisturnusse

Actionwochen **1-2-3** WOCHEN MÖGLICH!

Reitwochen



Sei dabei

♥

Rasch anmelden

♥ 12. Juli - 15. August 2026

♥ für Kinder von 6 - 15

♥ Förderungen möglich!





0316/82 90 70

office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at



PFLEGE-PETITION

Keine Senkung des Pflege-Schlüssels!

FPÖ und ÖVP wollen den Personalschlüssel in steirischen Pflegeheimen noch weiter senken. Die Folgen wären dramatisch: weniger Zeit, Zuwendung und Sicherheit für die

Bewohner:innen und noch höherer Druck für die Pflegekräfte. Diese drohende Verschlechterung müssen wir gemeinsam verhindern!



WIR FORDERN:

1. Keine Verschlechterung des steirischen Personalschlüssels!
2. Keine Einsparungen und Angebotsreduktion auf dem Rücken der Pflege, der Bewohner:innen und der Angehörigen!
3. Einen Fahrplan bis 2030 zur kontinuierlichen Verbesserung des Personalschlüssels!

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an den Landtag Steiermark gemäß § 110 Volksrechtsgesetz.

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift

Vor- und Familienname	Geburtstag	Datum der Unterschrift
Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		Unterschrift



Ausgefüllte Listen bitte per Post an den *Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16, 8010 Graz* schicken oder in Ihrem KPÖ-Büro vor Ort abgeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Kontaktinformationen: Telefon: 0316/71 24 79 | E-Mail: pflege@kpoe-steiermark.at | Webseite: www.gute-pflege.at